

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
217 · Ausgabe AG · März 2025



NEIN ZUR STEUERGESETZREVISION 2025!

Ungerecht, unsicher, unverantwortlich

Rolf Schmid und Carol Demarmels haben zusammen mit der SP-Fraktion im Grossen Rat das Steuerreferendum ergriffen.

Am 18. Mai 2025 entscheidest du: Millionen für die Reichsten – oder Investitionen, die uns allen zugutekommen? Die versprochenen Gelder für diese Steuergeschenke sind gar nicht sicher, während dringend neue Schulhäuser und Infrastruktur gebraucht werden. Wir sagen Nein zu dieser unsozialen und unverantwortlichen Revision!

Steuergeschenke: 80 Millionen – und fast keiner bekommt was davon

Angenommen, du hättest 80 Millionen Franken, um die Aargauer Bevölkerung zu entlasten. Klingt nach einer einfachen Aufgabe, oder? Nicht ganz. Aus sozialdemokratischer Sicht wäre klar: Das Geld gehört denen, die wirklich kämpfen – gegen steigende Krankenkassenprämien, wachsende Mieten und schwindende Kaufkraft.

Aber der Regierungsrat sieht das anders. Seine Idee? Die ersten 60 Millionen gehen an diejenigen, die ohnehin schon dicke Polster auf dem Konto haben. Zwei Drittel der

Aargauer:innen gehen dabei leer aus. Von den verbleibenden Krümeln wird dann noch ein bisschen was an Familien verteilt – aber natürlich vor allem an solche mit hohem Einkommen. Zum krönenden Abschluss gibt es ein paar Prisen Kinderbetreuungs- und Weiterbildungsabzüge. Voilà, fertig ist die Steuergesetzrevision 2025. Eine Revision, die vor allem eines ist: ein Geschenk für die Reichen.

Falsche Frage, liebe Regierung

Doch die vorgehende Frage ist gar nicht, wie diese Millionen verteilt werden sollen. Vielmehr: Sollten sie überhaupt verteilt werden? Während der Regierungsrat mit bürgerlicher Unterstützung grosszügig Geld verteilen will, weist der Aufgaben- und Finanzplan 2025–2028 (AFP) auf dringende Investitionen hin: Neue Schulgebäude, ein modernes Polizeigebäude – dringend benötigte Infrastruktur, die den Kanton zukunftsfähig machen soll, wird mit einer Projektsumme von über 1500 Millionen nur bis ins Jahr 2028 ausgewiesen.

Doch dabei bleibt es nicht. Auch die Forderungen, die Sparmassnahmen der letzten Jahre

– insbesondere im Bildungsbereich – aufzuheben, steht klar im Raum. Wer in eine starke Zukunft investieren will, braucht keinen Steuergeschenkautomat, sondern eine nachhaltige Politik.

Traue keiner Million, die du nicht hast

Aber es kommt noch besser: Selbst die 80 Millionen, die der Regierungsrat verteilen möchte, sind alles andere als sicher. Die Mehreinnahmen aus der Neubewertung von Immobilien sollen satte 100 Millionen Franken einbringen – zumindest auf dem Papier. Diese Gelder sollen dann für die geplanten Steuergeschenke hinhalten. Dumm nur, dass das nationale Parlament kurz darauf entschieden hat, den Eigenmietwert abzuschaffen. Damit würden laut aktueller Regierungsprognosen je rund 50 Millionen Franken Mindereinnahmen für Kanton und Gemeinden entstehen. Zieht man dann noch die rund 20 Millionen Unsicherheit bei der Neubewertung ab, bleibt... tja, praktisch nichts mehr übrig. Geld verteilen, das gar nicht da ist? Das nennt man Zaubertrick – und nicht Steuerpolitik.

→ Fortsetzung auf Seite 16

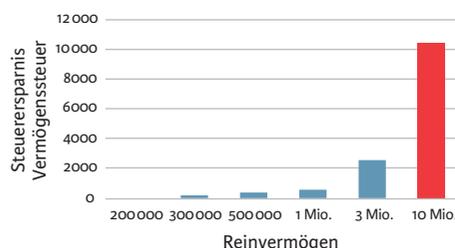
NEIN ZUM STEUERBSCHISS!

Am 18. Mai 2025 sagen wir Nein zu Steuergeschenken für Reiche auf Kosten des Mittelstandes! Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien erhält die SP keine Millionen von Banken und Versicherungen. Wir finanzieren uns durch Mitgliederbeiträge und Spenden von Menschen, die unsere Politik unterstützen. Mit deiner Spende können wir Plakate, Flyer und Werbung finanzieren, um unsere Botschaft zu verbreiten.

Unterstützt du uns mit einer Spende? Selbst ein kleiner Betrag macht einen grossen Unterschied. Jetzt spenden! → steuergesetznein.ch/spenden



Menschen mit hohem Vermögen profitieren – der Mittelstand geht leer aus



SP Aargau: Hoffnungsträgerin in turbulenten Zeiten



In Zeiten, in denen die Verwaltung in den USA zerstört wird, die AFD in Deutschland über 20 Prozent der Stimmen erhält und ein Wärmerekord den nächsten jagt, fällt es manchmal schwer, positiv in die Zukunft zu blicken. Ist die internationale radikale Verschiebung nach rechts noch aufzuhalten? Und werden wir unseren Kindern noch eine lebenswerte Welt hinterlassen können? Es sind Fragen, die eine Leere hinterlassen.

Kraft gibt die SP Aargau – als starke, motivierte Bewegung im Kanton. Mit ihren 2500 Mitgliedern setzt sie sich für eine solidarische Welt ein, die Massnahmen gegen den Klimawandel und immer teureren Wohnraum ergreift und den Service public verteidigt. Ein starker Service public umfasst unter anderem bezahlbare, qualitativ hochwertige und flächendeckende Angebote in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung. Unsere Vision von einem sozialen Aargau gibt es aber nicht kostenlos.

Umso wichtiger ist es, dass wir dem neoliberalen Weltbild widersprechen, das uns einreden will, bei allem Sozialen und Umweltfreundlichen müsse gespart werden. Gleichzeitig sollen aufgrund staatlicher Überschüsse die Steuern gesenkt werden, weil wir angeblich «zu viel Geld haben».

Damit sparen wir unseren Staat und letztlich auch unser Land kaputt. Folglich ist es von Bedeutung, dass wir mit unserem Steuergesetzreferendum im Mai 2025 gewinnen. Wir müssen und können den neoliberalen Abwärtsstrudel stoppen, um unsere Vision für einen sozial gerechten Kanton Aargau umsetzen zu können.

Nora Langmoen, Co-Präsidentin SP Aargau, Baden

INTERVIEW

Vier neue Stimmen im Grossen Rat

Seit Januar 2025 sitzen vier neue SP-Grossrät:innen für die SP Aargau im Grossen Rat. Im Interview sprechen Barbara Stocker Kalberer, Beatrice Taubert-Baldinger, Lucia Lanz und Marius Fedeli über ihre Herkunft, ihren beruflichen Werdegang und ihre politischen Ziele. Interview: links.ag

Ihr wurdet am 7. Januar 2025 im Grossen Rat vereidigt. Woher kommt ihr und welche politischen Ämter habt ihr bereits übernommen? Was macht ihr beruflich?

Barbara: Ich bin im Fricktal aufgewachsen und wohne seit 22 Jahren in Strengelbach. Bisher hatte ich kein politisches Amt, war jedoch 11 Jahre als Präsidentin des Schweizerischen Hebammenverbandes berufspolitisch aktiv. Als Hebamme betreue ich freiberuflich Frauen und Familien, hauptsächlich nach der Geburt.

Bea: Neben meiner Arbeit als Innenarchitektin, Tagesmutter und im Familienzentrum entdeckte ich 2010 im Einwohnerrat von Lenzburg mein politisches Interesse. Seit 2021 bin ich als Stadträtin für das Ressort Soziales, Gesellschaft und Gesundheit verantwortlich und engagiere mich besonders in der Alterspolitik.

Lucia: Nach langjähriger Tätigkeit als Geschäftsführerin einer grossen sozialen Einrichtung sowie als Gemeinderätin und Vizeammann bin ich heute mit einem eigenen Beratungsunternehmen selbständig tätig.

Marius: Seit meiner Geburt wohne ich in Buchs. Von 2017–2019 war ich im Kreisschulrat und bin seit 2018 im Einwohnerrat. Nach meinem Umweltingenieurstudium arbeitete ich im praktischen Naturschutz. Heute bin ich in einem Ingenieurbüro tätig und betreue Projekte in den Bereichen Umwelt und Siedlungsentwässerung.

Wofür setzt ihr euch besonders ein und warum ist euch das wichtig?

Barbara: In meiner Zeit als Präsidentin des Schweizerischen Hebammenverbandes setzten wir uns für bessere Löhne ein und schafften gesetzliche Grundlagen für Verbesserungen in der Geburtshilfe. Dabei erlebte ich die Herausforderungen von Familien und der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. Gesundheitsversorgung und Gleichstellung sind für mich zentrale Themen.

Bea: Als ehemalige Energiestadt Koordinatorin setze ich mich weiterhin für Energie- und Umweltthemen ein. Auch gesellschaftliche Anliegen wie familienfreundliche Rahmenbedingungen, bezahlbarer Wohnraum und Alterspolitik liegen mir am Herzen. Investitionen in eine gute Infrastruktur sind

wichtig, dabei dürfen gesellschaftliche Bedürfnisse aber nicht auf der Strecke bleiben.

Lucia: Mit meiner Wahl in die Justizkommission und in die Subkommissionen Begnadigungen und Richterwahlen ist ein Schwerpunkt meiner Arbeit gesetzt. Die Abstimmung der Kommissionsarbeit mit der kantonalen Sicherheitspolitik ist zentral für gute Ergebnisse. Zudem engagiere ich mich für eine nachhaltige Wirtschafts- und Klimapolitik, um gute Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu schaffen.

Marius: Für Natur- und Umweltschutz. Das ist ein wichtiges Thema, welches in der SP aus meiner Sicht teils etwas untergeht. Als Pfadfinder ist mir zudem wichtig, der Jugendarbeit und -förderung mehr Anerkennung und Unterstützung entgegenzubringen.

Wofür sollte sich die SP (jetzt) einsetzen?

Barbara: Der Rechtsrutsch in der Schweiz und in den umliegenden Ländern bereitet mir grosse Sorgen. Wir müssen uns als SP gegen den Faschismus einsetzen. Wir dürfen nicht nachgeben, müssen bei unseren SP-Kernthemen dranbleiben und zu den Menschen in diesem Land Sorge tragen.

Bea: Die SP hat mit ihren sozialen Grundanliegen viel erreicht. Aus unserer Sicht gäbe es noch viel zu tun, sei es in Gleichstellungsfragen, Klima- und Umweltschutz oder in der Armutsbekämpfung. Ich befürchte leider, dass wir in den nächsten Jahren kämpfen müssen, um unsere erreichten Ziele zu erhalten.

Lucia: Periphere Bezirke haben andere Bedürfnisse als Zentrumsbezirke, etwa in den Bereichen Verkehr, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Migration und soziale Belastung. Neben meinem Einsatz für eine gute Sicherheits- und Umweltpolitik sehe ich mich als Grossrätin des Bezirks Kulm als Stimme der Randregionen des Kantons Aargau.

Marius: Für Klima- und Umweltschutz und gegen Rassismus und Antisemitismus. Gerade in der aktuellen Zeit ist es wichtig, dass uns bewusst wird, was wir an der Natur haben und diese sowie alle Menschen schützen.

Barbara Stocker Kalberer, Grossrätin, Zofingen
Beatrice Taubert-Baldinger, Grossrätin, Lenzburg
Lucia Lanz, Grossrätin, Beinwil am See
Marius Fedeli, Grossrat, Buchs

INTERVIEW

Diese zwei Teams kandidieren für das Parteipräsidium der SP Aargau

Am 26. April 2025 wird das neue Parteipräsidium der SP Aargau gewählt. Lucia Engeli (Unterentfelden) und Anja Gestmann (Schöftland) stellen sich als Co-Präsidium zur Wahl. Der bisherige Co-Präsident Stefan Dietrich (Bremgarten) tritt allein an. Im Interview haben wir mit den Kandidierenden über ihre Motivation, ihre Pläne und die Herausforderungen der Partei gesprochen. Interview: links.ag

Was hat euch dazu bewogen, für das Parteipräsidium der SP Aargau zu kandidieren, und welche persönlichen Erfahrungen haben eure Entscheidung beeinflusst?

Lucia und Anja: Wir kennen uns aus einer Co-Präsidiums-konstellation. Anja hat dort bereits gezeigt, dass sie eine Non-Profit-Organisation umbauen kann. Zu politischen Themen und wie die SP die Herausforderungen anpacken könnte, sind wir uns sehr einig. Die Meldung, dass das Co-Präsidium zurücktritt, hat uns dann dazu veranlasst, darüber nachzudenken, aktiv zu werden. Lucia hat mit dem Arbeitgeber für den Fall einer Wahl eine Stellenreduktion ermöglicht, Anja hat durch den Rücktritt als Gemeinderätin per Ende Legislaturperiode (2025) die Ressourcen eingepplant.

Stefan: Die SP Aargau ist mein politisches Zuhause – und Politik ist für mich Teamarbeit. Ich kandidiere, weil ich überzeugt bin, dass wir nur gemeinsam eine gerechtere Gesellschaft schaffen können. Unsere Partei hat in den letzten Jahren viel erreicht, aber wir stehen vor grossen Herausforderungen. Gerade jetzt braucht es eine SP, die klar Haltung zeigt – für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und faire Löhne. Ich will nicht nur führen, sondern zuhören, Menschen verbinden und die SP als starke, solidarische Bewegung weiterentwickeln.

Wie möchtet ihr die SP Aargau in den kommenden Jahren weiterentwickeln, und welche Schwerpunkte möchtet ihr in der politischen Arbeit setzen?

Lucia und Anja: Wir sind der Meinung, dass eine modernisierte Wirtschaftspolitik nötig ist, um aus der aktuellen Situation herauszukommen. Wir möchten alternative Wirtschaftstheorien in die Diskussion bringen. Ausgehend davon leiten sich die weiteren Herausforderungen wie eine gute Gesundheitspolitik, Sozialpolitik und Klimapolitik ab. Alles braucht den theoretischen Überbau einer modernen Wirtschaftspolitik.

Wir sehen die SP als grösste der Mitte-links-Parteien in der Rolle, hier in die Führung zu gehen, um miteinander eine moderne politische Alternative zu bieten.

Stefan: Politik lebt von Menschen, nicht nur von Programmen. Wir müssen mutiger auftreten, unsere Kampagnen emotionaler gestalten und gemeinsam als Partei wachsen. Der Kampf gegen den Rechtsrutsch, der Schutz unseres Sozialstaats und der Ausbau des Service public sind nicht nur politische Projekte – sie sind unsere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Ich möchte, dass wir uns noch stärker als Team verstehen, das sich gegenseitig unterstützt und inspiriert. Eine starke Partei entsteht nicht durch einzelne Köpfe, sondern durch die Energie und das Engagement vieler.

Was seht ihr als die grössten Herausforderungen für die SP Aargau als Organisation?

Lucia und Anja: Die SP braucht – wie viele altherwürdige Vereine – strukturelle Anpassungen, um mit den komplexen Anforderungen der Zeit Schritt halten zu können. Genau das können wir! Mit positivem und agilem Leadership sind wir «zusammen stark». Dafür brauchen wir alle, die uns bei der Umsetzung begleiten möchten oder ihr Expert:innenwissen beisteuern können!

Stefan: Eine Partei ist nur so stark wie die Menschen, die sich für sie einsetzen. Wir müssen es schaffen, unsere Mitglieder aktiv einzubinden, neue Wähler:innen zu gewinnen und besonders junge Menschen für linke Politik zu begeistern. Das schaffen wir nur, wenn wir als Team zusammenstehen und Brücken zwischen verschiedenen Generationen und Lebensrealitäten bauen.

Am 26. April fällt eine richtungsweisende Entscheidung. Eines ist klar: Die Zukunft der SP Aargau wird nicht von einzelnen entschieden, sondern von uns allen – gemeinsam.

Lohnleichheit – es geht auch um soziale Sicherheit



1981 machte die Schweiz einen gewaltigen Schritt vorwärts. Rund 10 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts wurde die Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Schweizer Verfassung verankert. Und damit auch die Lohnleichheit. In einer idealen Welt könnte ich diesen Artikel hier beenden. Doch die Realität sieht anders aus. Was in unserer Verfassung steht, ist noch lange nicht umgesetzt. Auch 2025, ganze 44 Jahre später, besteht weiterhin eine Lohndifferenz von 18 Prozent zwischen Frau und Mann. Anders ausgedrückt: Bis zum 15. Februar 2025 haben wir Frauen gratis gearbeitet. Das ist fern jeder Gleichberechtigung. Selbstverständlich ergriff der Bundesrat Massnahmen zur Umsetzung der Verfassung, wie die Einführung des Gleichstellungsgesetzes (GIG) 1996, einen Runden Tisch zur Lohnleichheit 2006 und weitere Massnahmen bis 2015. Zahnlose, auf Freiwilligkeit basierende, Versuche, ein tiefgreifendes strukturelles Problem zu lösen. Nicht umsonst forderte Bundesrätin Simonetta Sommaruga 2014, dass alle Unternehmen mit über 50 Mitarbeitenden alle 3 Jahre ihre Lohnpraxis überprüfen sollten. Mit der Überarbeitung des GIG kam es bekannterweise anders. Die Zahl der Mitarbeitenden wurde auf 100 angehoben und Massnahmen zur Feststellung der Lohnleichheit wurden keine festgelegt. So kommen wir nicht vorwärts. Mit der Lohnleichheitsinitiative hat der Aargau nun die Chance, einen Schritt vorwärtszumachen. Die Initiative fordert nämlich eine Kontrolle ab 50 Mitarbeitenden und Massnahmen, falls eine Ungleichheit festgestellt wird. Lohnleichheit ist entscheidend, denn am Ende geht es (wie immer) um soziale Sicherheit: Frauen sind nach wie vor armutsgefährdeter und erhalten im Alter rund ein Drittel weniger Rente als Männer, auch wegen der Lohnungleichheit. Für die Sicherheit, Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Frauen deshalb: Ja am 18. Mai 2025!

Mia Jenni, Co-Fraktionspräsidentin SP Aargau, Baden

Verantwortung übernehmen



Die Resolution greift das Thema Grundrecht auf Wohnraum (siehe Artikel «Links» Nr. 213, Juni 2024) auf. Sie ist ein Aufruf an die Verantwortlichen in den Gemeinden und zeigt Lösungen für bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum auf, wo der freie Markt nur schlecht funktioniert. Die Bundesverfassung bildet dazu die gesetzliche Grundlage. Die Kantone respektive die Gemeinden stehen in der Pflicht zur Umsetzung. Der Bund unterstützt dabei. Der Markt treibt die Preise, und der Ruf der Immobilienwirtschaft nach Deregulierung ist ein volkswirtschaftlich schädlicher Vorwand. Es gilt jedoch zu differenzieren: Die Situation in den Städten ist grundlegend anders. Städte wie Basel und Zürich zeigen die Vorteile und Notwendigkeit der Wohnbauförderung. In ländlichen und strukturschwachen Agglomerationen zeigt sich ein anderes Bild. Der Mangel an Mut und Weitsicht verhindert oft Lösungen für eine sinnvolle Siedlungsentwicklung mit entsprechenden Verkehrskonzepten. Profitdenken führt zu Wohnsilos ohne Seele, Siedlungen werden zu Schlafdörfern ohne Infrastruktur oder ersticken im Verkehr. Doch einzelne Gemeinden gehen mit aktiver Wohnraumpolitik voran und zeigen, dass es Möglichkeiten gibt. Man muss es aber wollen. Die Gemeinden haben es in der Hand, beispielsweise über die Bau- und Nutzungsordnung (BNO) Einfluss zu nehmen. Wo sie dies nicht tun, können parteiübergreifende Initiativen aus der Bevölkerung oder Vorstösse in Einwohnerräten und Gemeindeversammlungen ein möglicher Ansatz sein.

Werner Erni, ehem. Grossrat, Co-Präsident FA SVNL/Arbeitsgruppe Wohnraum, Möhlin

Hilfe und Info (Auswahl)

- Hauseigentümer:
→ www.casafair.ch
- Siedlungsentwicklung:
→ www.espacesuisse.ch
- Plattform autoarmes Wohnen:
→ www.wohnbau-mobilitaet.ch
- Wohnbaugenossenschaften:
→ www.wbg-schweiz.ch



Stock/Micha Steinmann

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Im Kanton Aargau wird die Suche nach bezahlbarem Wohnraum zunehmend zur Herausforderung – besonders für Familien, Alleinerziehende, Pensionierte und Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen. Steigende Mietpreise, knapper Wohnraum in den Städten sowie die Spekulation mit Boden und Immobilien verschärfen die Lage. Während der Markt versagt, fordert die SP Aargau eine gezielte Politik zur Schaffung und Sicherung von Wohnraum für alle. Dazu wurde am Parteitag vom 21. Januar 2025 die Resolution «Wohnen für alle im Aargau – bezahlbaren Wohnraum schaffen und sichern» verabschiedet.



Beatrice Taubert-Baldinger,
Grossrätin, Lenzburg

Der Wohnungsmarkt überlässt die Bereitstellung von Wohnraum den Kräften des freien Marktes. Das führt dazu, dass Boden und Immobilien zunehmend zum Spekulationsobjekt werden, während die Bedürfnisse der Bevölkerung auf der Strecke bleiben. Angebot und Nachfrage klaffen auseinander, was zu einem Problem bezüglich der Anzahl und der Bezahlbarkeit der Wohnungen führt. Zudem ist der Boden nicht vermehrbar. Deshalb ist eine vorausschauende Bodenpolitik zentral. Siedlungsentwicklung nach innen wird gefordert und sollte behutsam geplant und von den Gemeinden und dem Kanton bedacht begleitet werden. Bezahlbarer Wohnraum ist nicht nur eine soziale Frage, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor. Wer hier lebt und arbeitet, soll auch hier wohnen können. Nur so bleibt der Aargau ein attraktiver, vielfältiger und lebendiger Kanton für alle Bevölkerungsschichten.

Gemeinnütziger Wohnungsbau als Teillösung

Nur gut zwei Prozent des gesamten Wohnraumbestands befinden sich im Besitz von Wohnbaugenossenschaften ohne Gewinn-

streben. Damit liegt der Kanton Aargau weit unter dem landesweiten Mittelwert von gut fünf Prozent. Der genossenschaftliche Wohnungsbau wird im Aargau nicht durch die öffentliche Hand gefördert, zum Beispiel indem Land im Alleinbesitz zur Verfügung gestellt oder im Baurecht abgegeben wird. Die Kostenmiete ohne Gewinnstreben, wie sie eben gemeinnützige Wohnbauträger anwenden, würde Abhilfe für die laufend steigenden Mieten schaffen.

Der Staat muss regulierend einwirken

Der Kanton Aargau hat die Verantwortung, hier steuernd einzugreifen – mit gezielten Förderungen für gemeinnützigen Wohnungsbau, der sich nicht an Profitinteressen, sondern am Gemeinwohl orientiert. Der Aargau soll Land im Baurecht an Genossenschaften abgeben, kommunale Projekte unterstützen und klare Zielvorgaben für den Anteil preisgünstiger Wohnungen festlegen. Zudem soll er strategisch Land erwerben und dieses für den gemeinnützigen Wohnungsbau sichern. Statt kurzfristigen Verkaufserlösen sollte die langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im Fokus stehen. Gemeinden benötigen dabei Unterstützung, um eigene Landreserven zu aktivieren und bauliche Verdichtung sozialverträglich zu gestalten. Eine aktive, sozial ausgerichtete Wohnraumpolitik ist der Schlüssel, um den Wohnraum für alle sicherzustellen. Denn Wohnen ist kein Luxus – sondern ein Menschenrecht!



Den Gestaltungsraum der Schule bewahren

Der Fachkräftemangel in der Volksschule verschärft sich Jahr für Jahr weiter. Statt den Lehrberuf attraktiver zu machen, fordert die Aargauer Politik die Abschaffung der integrativen Schulung, eine Notenpflicht ab der ersten Klasse und das Singen von Weihnachtsliedern. Diese Vorschläge berücksichtigen wenig, was in den letzten Jahrzehnten im Schulbereich erreicht wurde.



Alain Burger, Grossrat und Co-Fraktionspräsident SP Aargau, Mitglied der Kommission Bildung, Kultur und Sport (BKS), Wettingen

Seit rund 20 Jahren werden die Schulen im Kanton Aargau von Schulleitungen geführt, die sowohl für das Personal als auch für den Bereich Schul- und Unterrichtsqualität verantwortlich sind. In den letzten Jahren wurden weitere Schritte unternommen: Neue Führungsstrukturen, ein neues Ressourcierungsmodell und die Wahlmöglichkeit zwischen integrativer Schule und Kleinklassen haben der Volksschule mehr Gestaltungsraum gegeben, um auf lokale Herausforderungen gezielt zu reagieren und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Aktuell fordern verschiedene politische Vorstösse im Grossen Rat, die Gestaltung der Schule und des Unterrichts durch starre Regelungen wie eine Notenpflicht ab der ersten Klasse und flächendeckende Förderklassen einzuschränken. Dabei kennen Lehrkräfte und Schulleitungen die Verhaltensweisen und Bedürfnisse der Schüler:innen durch ihre direkte Arbeit am besten. Zusätzliche Vorgaben auf politischer Ebene braucht es nicht. Wichtiger als eine Notenpflicht ist, dass Kinder und Eltern klare und verlässliche Rückmeldungen zum Lernstand erhalten. Noten allein können das nicht leisten.

Statt die integrative Schule abzuschaffen, sollte diese optimiert und weiterentwickelt werden, auch mit zusätzlichen Ressourcen.

Die Gestaltung des Unterrichts ist keine politische Frage

Qualifizierte Lehrkräfte wissen, wie Lernen funktioniert und was es verhindert. Sie kennen die Faktoren, die die Motivation stärken oder schwächen. Zudem verstehen sie, welche Merkmale guten Unterrichts massgeblich den Lernerfolg bewirken. Dieses Wissen bildet – wie in jedem anderen Beruf – die Grundlage für die Gestaltung von Unterricht und Schule. Die Politik soll über die Bildungsziele und den finanziellen Rahmen entscheiden, jedoch nicht über die konkrete Unterrichtsgestaltung. Dies ist eine berufsfachliche Frage. Zudem gewinnt der Lehrberuf kaum an Attraktivität, wenn die Schule zunehmend zum Spielball der Politik wird.

Im Aargau sollten wir wieder verstärkt auf diejenigen hören, die sich wirklich auskennen: Lehrkräfte und Schulleitungen, Berufsverbände, Bildungsforschende sowie das Bildungsdepartement. Die SP-Fraktion im Grossen Rat setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Volksschule ihren Bildungsauftrag bestmöglich erfüllen kann. Dafür sind ausreichende Ressourcen für Aus- und Weiterbildung sowie qualifiziertes Personal erforderlich, das die Aargauer Schulen aktiv mitgestalten möchte und kann. Und besonders wichtig ist, dass der Gestaltungsraum der Schulen erhalten bleibt.

Keine unüberlegten Sparmassnahmen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation



Nationalrat und Ständerat haben im Herbst 2024 die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die nächsten vier Jahre verabschiedet. Diese sieht im Vergleich zu früheren BFI-Botschaften einen deutlichen Sparkurs vor. Und nur kurze Zeit später will der Bundesrat erneut Kürzungen von mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr vornehmen. Ich bin empört und besorgt. Ohne vertiefte Analyse hat der Bundesrat die meisten Vorschläge der Gruppe Gaillard übernommen. Konkret bedeutet dies eine Reduzierung des finanziellen Beitrags des Bundes an alle Hochschultypen, Kürzungen bei der Finanzierung des Schweizerischen Nationalfonds, Kürzungen in den Bereichen Berufsbildung und Weiterbildung und eine Reduzierung der Mittel für Institutionen der Innovationsförderung. Alle diese Sparmassnahmen hätten massive Auswirkungen: Ablehnung von vielen Forschungsprojekten, Verluste von Stellen für Forscherinnen und Forscher und eine Beeinträchtigung der Chancengerechtigkeit durch höhere Studiengebühren. Auch die Bevölkerung lehnt Sparmassnahmen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation ab. Dies zeigt die im November 2024 veröffentlichte Studie «Barometer Finanzpolitik» des Umfrageinstituts Sotomo. Unüberlegte Sparmassnahmen müssen verhindert werden. Gut ausgebildete Menschen und innovative Ideen sind der Schlüssel für eine zukunftsfähige und starke Gesellschaft und Wirtschaft.

Simona Brizzi, Nationalrätin, Ennetbaden



Interview mit der ehemaligen Nationalrätin Ursula Mauch

Du hast in den 1980er- und 1990er-Jahren als Nationalrätin und Frauenpolitikerin wichtige gesellschaftliche Debatten mitgeprägt. Wenn du heute auf die Schweiz blickst: Was hat sich zum Besseren verändert – und wo hättest du dir mehr Fortschritt erhofft?

Den grössten Fortschritt hat unser Land meines Erachtens mit der vorbildlichen Bildungsdurchlässigkeit erzielt. Hingegen energiepolitisch Richtung Nutzung erneuerbarer Energien wäre sehr viel mehr möglich gewesen.

Mit 90 Jahren hast du viel erlebt – gesellschaftliche Umbrüche, politische Kämpfe, persönliche Höhen und Tiefen. Gibt es ein Erlebnis, das dir besonders in Erinnerung geblieben ist, weil es deine Sicht auf das Leben verändert hat?

Am meisten politisch gefreut hat mich das Verbot des Baus von AKWs, umso mehr, als der Bundesrat zu dieser Zeit mit vier Frauen besetzt war!

Du bist in einer Zeit politisch aktiv geworden, in der Frauen in der Politik noch oft belächelt oder unterschätzt wurden. Was war dein Erfolgsrezept, um dir Respekt zu verschaffen und dich durchzusetzen?

Am meisten geholfen hat mir Kompetenz in Sachfragen, z. B. in der Energie- und der Umweltpolitik. Das wird von den Männern rasch wahrgenommen.

Wenn du heute mit jungen Politikerinnen und Politikern sprichst: Welche Ratschläge gibst du ihnen für den langen Atem in der Politik? Und gibt es eine Politikerin oder einen Politiker von heute, die oder den du besonders schätzt?

Ratschläge erteile ich keine. Im Moment bewundere ich sehr die amerikanische Senatorin Elizabeth Warren aus Massachusetts.

Zum Schluss eine persönliche Frage: Was ist dein Geheimnis für ein langes, erfülltes Leben? Gibt es eine Lebensweisheit, die du der SP und den kommenden Generationen mit auf den Weg geben möchtest?

Lebensweisheiten liegen mir nicht. Man soll jeden Tag nehmen, wie er kommt. Am wichtigsten ist mir meine ganze Familie.

Herzlichen Dank! Wir wünschen alles Gute.

Interview: links.ag



DAS KINDERDORF KIRIAT YEARIM IN ISRAEL

Ein Engagement für die Jugend und für den Frieden



Katharina Kerr, ehemalige SP-Grossrätin und links.ag-Redaktorin, Aarau

1951 wurde in Zürich von jüdisch-christlichen Vereinigungen das Hilfswerk für benachteiligte Kinder und Jugendliche gegründet, das das israelische Kinderdorf Kiriati Yearim bei Jerusalem aufbaute und bis heute trägt. Damals gab es in Israel Kinder von Überlebenden des Krieges, die in schwierigen Verhältnissen lebten und für die ein Internat eine Möglichkeit für einen guten Start für die Zukunft war. Finanziell wurde Kiriati Yearim von Spenden aus der Schweiz aus den verschiedenen beteiligten Regionen getragen. Mit den Jahren kamen die Jugendlichen aus verschiedenen Gegenden des Globus, in den vergangenen Jahren vermehrt aus Russland und Äthiopien. Aufgenommen werden Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft, Sprache und Religion.

Aktuell sind 90 Schülerinnen und Schüler im Dorf eingeschrieben. Unter ihnen auch zwei externe Kinder aus dem benachbarten arabischen Dorf Abu Gosh. Es war stets ein Anliegen von Kiriati Yearim, ein gutes Verhältnis zur arabischen Nachbarschaft zu pflegen und seit ein paar Jahren auch arabische Jugendliche in die Schule und die Lehrwerkstätten von Kiriati Yearim aufzunehmen. In der Nachbargemeinde Ramle/Lod hat Kiriati Yearim ein Gemeindezentrum gebaut, das 2011 eingeweiht wurde. Es bestehen auch Programme für arabische und beduinische Familien, so zur Prävention von häuslicher Gewalt. Diese wichtige Arbeit wird seit vielen Jahren vom arabischen Sozialarbeiter Farid Abu Gosh mit grossem Engagement und mit Erfolg geleistet.

Die Lage beim Personal ist nach 2023 wieder stabil. Insgesamt 65 Mitarbeitende sind im Dorf aktuell beschäftigt. Dies entspricht

circa 1,5 Schülern auf einen Mitarbeitenden und ist ein aussergewöhnlich hoher Betreuungsschlüssel. Die Kinder können im Kinderdorf die Schule besuchen und danach je nach Eignung eine Lehre absolvieren.

Das Kinderdorf steht auch ehemaligen Schülerinnen und Schülern offen, die an Wochenenden oder Armee-Urlauben nicht in ein gutes Zuhause gehen können.

Nach dem 7. Oktober 2023 pausierte die Schule eine kurze Zeitlang. Schulleiter und Dorfleiter waren vorübergehend im Militär. Inzwischen sind die Mitarbeitenden von ihren militärischen Verpflichtungen zurückgekehrt, und alles läuft wieder regulär.

Es gibt auch eine landwirtschaftliche Sektion im Kinderdorf, die «Farm». Die landwirtschaftliche Leitung im Dorf baut diese weiter mit Elan aus. Es gibt dort Waldfrüchte, eine Bienezucht und eine Geflügel-, Schaf- und Hundezucht. Erwirtschaftete Produkte werden in einem kleinen Hofladen an Dorfbewohner und Auswärtige verkauft.

Ich kam 2009, nachdem ich nicht mehr im Grossen Rat aktiv war, zu Kiriati Yearim und leitete die Region Aarau/Olten. Ende 2009 fusionierten wir mit der Region Baden, und der bisherige Leiter dieser Region, Pfarrer Christian Bühler, und ich bildeten das Co-Präsidium der Region Aargau/Olten. Für mich war das Engagement für ein fortschrittlich geführtes Kinderdorf und für arabische Projekte ausschlaggebend – obwohl sich dieses vor allem auf das Fundraising für das zewo-zertifizierte Kiriati Yearim konzentrierte. Auf Ende 2024 sind Christian Bühler und ich vom Präsidium zurückgetreten und haben mit Gizella Erdös aus Windisch und ihrem Vorstand eine engagierte, aktive Nachfolge gefunden. Der Verein Kiriati Yearim verfügt über 13 Regionalkomitees in der Schweiz mit 120 ehrenamtlich Mitarbeitenden, die jährlich über 3000 Arbeitsstunden leisten.

Der Newsletter von Kiriati Yearim (newsletter@kiriati-yearim.ch) wird regelmässig verschickt.

Unterwegs im Balkan – Grenzen aussen, Grenzen innen

Zusammen mit Help Now reisten wir in der ersten Februarwoche nach Bosnien und Herzegowina und erreichten unser erstes Ziel: Mostar – eine Stadt, die durch Segregation geprägt ist und in der die Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen deutlich spürbar sind. Heute gibt es eine sichtbare Trennung entlang des Flusses Neretva, wobei viele Kroat:innen auf der westlichen und viele Bosniak:innen auf der östlichen Seite leben. Dabei war dieses Gebiet vor dem Jugoslawienkrieg stark durchmischelt und ethnisch-religiös äusserst heterogen. Wie konnten sich Nachbar:innen, die einst zusammenlebten, in Feindschaft gegenüberstehen? Die Antwort ist hochkomplex und umfasst unter anderem nationalistische Instrumentalisierungen von Religion sowie politische und wirtschaftliche Interessen.

Die Folgen des Krieges: Ein zerrütteter Staat

Nach dem Tod Titos nahm der gesellschaftliche Zusammenhalt in Jugoslawien ab, während sich politische und wirtschaftliche Spannungen verschärften. Dies trug zu den späteren Konflikten bei. Die Spuren dieser Entwicklung lasten bis heute wie eine dunkle Wolke auf den Menschen im Balkan. Die gesellschaftlichen Folgen, die Stimmung und die sichtbaren Kriegsschäden sind noch immer allgegenwärtig. Zurückgeblieben ist ein zerrütteter multiethnischer Staat Bosnien-Herzegowina, gezeichnet von tiefen Gräben zwischen Religionsgemeinschaften und grosser Armut. Die Voraussetzungen für eine menschliche Asyl- und Migrationspolitik sind dementsprechend schwierig. Die Politik hat in den vergangenen Jahren nur zögerlich Verantwortung für das Wohlergehen der Geflüchteten auf der Balkanroute übernommen.

Wir besuchten das Flüchtlingslager in Lipa, das 30 Kilometer entfernt und 500 Me-

ter höher als die Stadtmitte von Bihać liegt. Geflüchtete müssen diese Strecke oft zu Fuss zurücklegen, da ihnen der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln verwehrt bleibt und private Hilfe häufig verhindert wird. Die strenge Kontrolle in den Camps – von der Essensausgabe bis zur Unterbringung – führt dazu, dass Geflüchtete oft nur als Zahlen in einem bürokratischen System wahrgenommen werden.

NGOs wie das Rote Kreuz versuchen, die Lebensverhältnisse der Geflüchteten – unabhängig von Profit, Regierungseinfluss und dem Stigma – zu verbessern: Sie bieten Essen, grundlegende Hygieneartikel sowie Kleider und Schuhe an, ermöglichen Sprach- und Kochkurse und stellen Räume für den sozialen Austausch bereit. Vor Ort sprachen wir mit Betroffenen und Helfenden, packten selbst mit an und trafen auch Politiker:innen sowie humanitäre Akteure.

Die Notwendigkeit einer humanen Asylpolitik

Auf ihrer Flucht sind Geflüchtete vielen Gefahren ausgesetzt, darunter das Ertrinken im Meer, Gewalt durch Push-Back-Truppen und lebensbedrohliche Situationen in der Wildnis – etwa durch extreme Kälte, unwegsames Gelände oder in manchen Gebieten auch durch wilde Tiere. Die Camps sind hier zentral, da sie Unterstützung und Hilfsgüter bieten. Dennoch dürfen sie nicht unkritisch betrachtet werden, da sie oft auch mit Einschränkungen und menschenunwürdigen Bedingungen verbunden sind. Die internationale Politik muss Druck für eine humane Asylpolitik ausüben und diese vor Ort aktiv unterstützen.

Ugur Diktas, Meli Del Fabro und Paula Sommer,
Vorstand JUSO Aargau

Neues Co-Präsidium der SP Migrant:innen Aargau



Theepika Shanmugarasa Krishnathasan und Mehmet Dogan übernehmen gemeinsam das Co-Präsidium der SP Migrant:innen Aargau.

Die SP Migrant:innen Aargau haben mit Theepika Shanmugarasa Krishnathasan und Mehmet Dogan ein neues Co-Präsidium gewählt. Mit dieser Wahl setzt die Partei ein starkes Zeichen für Vielfalt, soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe.

Theepika, Tochter tamilischer Geflüchteter, erlebte früh, wie schwierig es ist, als «anders» wahrgenommen zu werden. Diese Erfahrung motivierte sie, sich politisch für Chancengleichheit, Integration und die Stärkung marginalisierter Stimmen einzusetzen. Neben ihrem Engagement in der SP organisiert sie interkulturelle Frauenabende, um den Austausch und die Selbstermächtigung von Frauen mit Migrationshintergrund zu fördern.

Mehmet, mit kurdischen Wurzeln, bringt langjährige politische Erfahrung aus der JUSO, der SP und der Feuerwehr mit. Er setzt sich für eine bessere Integration Geflüchteter, Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt sowie die Bekämpfung von Diskriminierung ein. Sein Ziel ist eine Gesellschaft, in der Herkunft kein Hindernis mehr ist. Gemeinsam möchten sie die politische Teilhabe von Migrant:innen stärken, Bildungs- und Chancengerechtigkeit vorantreiben und strukturelle Barrieren abbauen. Ihr gemeinsames Motto: «Wir wollen, dass niemand zurückgelassen wird – jede Stimme zählt!»

Theepika Shanmugarasa Krishnathasan und Mehmet Dogan, Co-Präsidium, SP Migrant:innen Aargau

Ungleichheit und Rückverteilung

Seit der Wiederwahl von Donald Trump steht die Frage im Raum: Wie konnte es nur so weit kommen? Gemäss Wahlanalysen war das soziale Milieu entscheidend für das Abstimmungsverhalten. So äussert Senator Bernie Sanders, dass die Demokraten verloren haben, weil sie die arbeitende Bevölkerung seit Jahrzehnten ignorierten. Denn die wachsende Ungleichheit, die durch die Umverteilungsprozesse des neoliberalen Wirtschaftssystems automatisch entsteht, führt bei einer breiten Schicht der Bevölkerung zu immer grösseren finanziellen Problemen. Diese werden verschärft, weil im Zuge der Neoliberalisierung auch die Rückverteilungsprozesse abgebaut wurden, die im Rahmen der New-Deal-Politik eine wichtige Ausgleichsfunktion hatten (Keynes «gezähmter Kapitalismus»). Während gan-

ze Bevölkerungsschichten darum kämpfen, den Lebensstandard zu erhalten, haben sehr wenige Reiche so viel Geld, dass sie direkt und offen auf die Politik Einfluss nehmen können, um diese ganz nach ihren Interessen zu gestalten.

Auch in einigen Ländern Europas führen die düsteren wirtschaftlichen Perspektiven in breiten Bevölkerungsschichten zu einem Erstarken rechtsextremer Bewegungen. Hier führt die extreme Rechte die Enttäuschten und Benachteiligten an. Mit der Propaganda, dass nicht die unsoziale und unsolidarische Wirtschaftspolitik für die wachsende Ungleichheit verantwortlich sei, sondern «die Anderen» – Ausländer:innen, Migrant:innen, Sozialhilfebezügler:innen und Klimaschützer:innen – gewinnen rechte Kräfte zunehmend an Einfluss.

Deshalb möchten wir an der Tagung am 10. Mai 2025 in Aarau über Ungleichheit und Rückverteilung diskutieren. Hierzu haben wir Natascha Strobl und Werner Vontobel gewinnen können. Natascha Strobel forscht zum Thema Rechtsextremismus und hat im Jahr 2021 für ihr Buch «Radikalisierte Konservatismus» den Bruno-Kreisky-Preis gewonnen.

Werner Vontobel ist Ökonom und Wirtschaftsjournalist und wurde für seine Artikelserie «Ökonomie ohne Scheuklappen» mit dem Medienpreis «Die Goldene Brille» ausgezeichnet.

Rebecca Derendinger, Co-Präsidentin Fachausschuss Gesundheit und Soziales, Wettingen

Lucia Engeli, Grossrätin und Co-Präsidentin Fachausschuss Gesundheit und Soziales, Unterentfelden

Leo Keller, Präsident Fachausschuss Energie und Klima, Aarau

Veranstaltungshinweis
Wertetagung II:
Ungleichheit und Rückverteilung,
am Samstag, 10. Mai 2025 von
9 – 13 Uhr im Rathaus in Aarau.

→ Fortsetzung von Seite 9

Moratorium jetzt – bevor die nächste Bombe platzt

Deshalb fordert die SP Aargau nicht nur ein klares Nein zu dieser Steuergesetzrevision, sondern auch ein Moratorium, das jegliche Diskussion über weitere Steuergeschenke stoppt, bis die Abstimmung zur Abschaffung des Eigenmietwertes im Herbst 2025 durch ist. Denn die nächste regierungsrätliche Verteilrunde ist schon in den Startlöchern: Einkommenssteuersenkungen, natürlich vor allem für Topverdiener:innen.

Gemeinden: Die wahren Verlierer

Besonders hart trifft diese Revision die Gemeinden. Sie sollen nochmals rund 80 Millionen Franken aus den Gemeindekassen verteilen – vor allem an Reiche und Gutverdienende. Und dies, obwohl die Gemeinden bei einer Annahme der Abschaffung des Eigenmietwertes mit Steuerausfällen von bis zu 5 Prozent rechnen müssten. Gleichzeitig werden den Gemeinden immer mehr Aufgaben vom Kanton zugeschoben, ohne dass diese ausreichend finanziert werden. Jüngstes Beispiel: Ergänzungsleistungen für Familien an der Armutsgrenze werden vom Kanton klar abgelehnt – die Gemeinden sollen es doch bitte regeln. Ob Sozialhilfe, Infrastrukturprojekte oder Bildung – die Gemeinden stehen vor immer grösseren Herausforderungen. Die Folge? Angespannte Finanzen und der Druck, entweder Leistungen abzubauen oder die Steuerfüsse zu erhöhen.

Zeit, gemeinsam zu handeln

Diese Steuergesetzrevision ist mehr als nur ungerecht – sie ist unverantwortlich. Es ist an der Zeit, dass wir als Aargauer:innen zusammenstehen und ein klares Zeichen setzen: Nein zu Steuergeschenken für Reiche! Ja zu Investitionen, die uns allen zugutekommen. Gemeinsam schaffen wir eine Steuerpolitik, die Zukunft baut, statt Ungerechtigkeit zu zementieren.

Carol Demarmels, Grossrätin SP Aargau, Baden
Rolf Schmid, Grossrat SP Aargau, Laufenburg

AGENDA

Hearings Präsidium-Teams

14. März 2025, 19 – 21 Uhr
Amtshimmel, Rathausgasse 3, Baden

25. März 2025, 19 – 20 Uhr
Online Hearing
→ www.sp-aargau.ch/veranstaltungen

28. März 2025, 19 – 21 Uhr
Roschtige Hund, Ziegelrain 2, Aarau

Ausserordentlicher Parteitag

26. April 2025, 9 Uhr
Alter Gemeindesaal, Metzgplatz 2,
5600 Lenzburg

Wertetagung

10. Mai 2025, 9 – 13 Uhr
Rathaus Aarau

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, 5000 Aarau
Tel. 062 834 94 74
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3534 Exemplare

Redaktion: Esther Schmidt,
esther.schmidt@sp-aargau.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe:
24. Februar 2025

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
22. April 2025

Erscheinungsdatum nächste Ausgabe:
9. Mai 2025

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Simona Brizzi, Alain Burger, Carol Demarmels, Meli Del Fabro, Rebecca Derendinger, Stefan Dietrich, Ugur Diktas, Mehmet Dogan, Lucia Engeli, Werner Erni, Marius Fedeli, Mia Jenni, Leo Keller, Katharina Kerr, Nora Langmoen, Lucia Lanz, Ursula Mauch, Rolf Schmid, Esther Schmidt, Theepika Shanmugarasa Krishnathanan, Paula Sommer, Barbara Stocker Kalberer, Beatrice Taubert-Baldinger, David Zehnder

KANTONALE ABSTIMMUNG

vom 18. Mai 2025
NEIN zum Steuerbschiss!
JA zur Lohngleichheit!